

Schleißiger Arbeiter-Zeitung

Zugang der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Grattzelzügen:

"Der Rote Stern", "Der Kommunistische Gewerkschaftler", "Rote Hilfe", "Die Kommunistin", "Der Gewerkschaftler", "Tribune", "Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schöfländer (März 1920 ermordet)

Die Neujahrsbotschaft an die Eisenbahner

Brutale Verhöhnung der Eisenbahner durch den „Schlichter“!

(Von F. Jenbrock, MdL)

Eine der schon immer am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen in der „freisten Republik“ sind unstrittig die Eisenbahner gewesen. Länger, hervorzuhebender, physisch anstrengender Dienst stand einer menschenunwürdigen Bezahlung gegenüber.

Seit der Verprivatisierung der Eisenbahn (Dawesplan, Reichsbahngesetz) hat der Leidensweg der Eisenbahner, insbesondere der Arbeiter schon längst die Grenzen der Tragik überschritten. Zu der Jahrzehntelangen menschenunwürdigen Entlohnung kamen alle „Segnungen“ der Dawes-Sonne hinzu und die rosigsten Versprechungen der Annahme-Parteien haben sich recht schnell in das triste Gegenteil gewandelt.

Brutaler Abbau unter den unsozialistischen Geschäftspunkten und damit zusammenhängende Verschärfung der Arbeitsweise, Verlängerung der Arbeitszeit auf ein unerträgliches Maß, Einführung eines umfangreichen Antreiberapparates und Ausgestaltung der Technischen Notshilfe sowie des militärischen Bahnschutzes sind die sichtbarsten Erfolge der Politik von Dawes (den Bahnhof und seinen Jüden) lennen die Eisenbahner wohl am besten.

Die durch das Dawes-Gesetz an dem Betrieb der Reichsbahn A.-G. zu entrichtende Reparationssumme, die ungeheure Gehälter des Verwaltungsrates und der Direktoren, die Millionen für Bahnhof und Büro sollen nach dem Plan des Herrn Generaldirektors und des Verwaltungsrates nur aus den Knochen des unteren Personals geschunden werden.

Nach dem Grundsatz: „Werkt bei schwerster Arbeit und schwachem Lohn oder verredt als Abgebauter auf der Strecke“ vollzieht sich nun die Politik bei dem ehemals größten Staatsunternehmen.

Auf der anderen Seite tritt die von Gott gewollte kapitalistische Wirtschaft der „freisten Republik“ trotz des „Reiters“ in allen Fugen. Auch das gemeinsame Frühstück der westeuropäischen Minister in Locarno kann nichts an der Tatsache ändern, daß die Geschäftswelt unter den Konkurrenzhammern mit, daß die Arbeitslosigkeit ins Ungeheuer wächst, der Hunger und die Suize walzen, die verzweifelten schwachen Menschen zu Hunderten in einer Woche sich selbst töten und also mit einem Wort ein „fröhliches Neujahr“ vor der Tür steht.

Seit Wochen kämpfen auch die Eisenbahner wegen einiger wenige Lohn erhöhung, um ihr nacktes Leben zu frönen. Hart und brutal wurden die mehr als bescheidenen Forderungen abgelehnt und nach langem Drängen erst durch die organisierten Arbeiter wurde endlich ein „Schlichter“ vom Reichsarbeitsminister bestimmt.

Was die Arbeiterschaft von einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung und einem ihrer Schlichter zu erwarten hat, ist schon kein Geheimnis. Und auch der diesmalige Schlichter hat seine Auftraggeber und den Herrn Generaldirektor in keiner Weise enttäuscht. Er füllte gestern folgenden salomonischen Spruch:

Die über 24 Jahre alten Eisenbahnarbeiter der Gruppen 1-5 erhalten ab 1. Januar 1926 pro Stunde 1 Goldpfennig, die der Gruppen 6 und 7 zwei Goldpfennige Zulage. Dafür fallen wie bisher die bei Krankheitshäusern geleisteten Sozialzulagen in Zukunft weg.

Der Rundfunk hat gestern in der ersten Abendstunde diese Neujahrsbotschaft sämtlichen Eisenbahner übermittelt. Am 12. Januar sollen die Vertragsarbeiter ihre Erinnerungen zu diesem Spruch abgeben. Was werden sie tun? Der Herr Generaldirektor mit seinem „bescheidenen“ Gehalt kann sich für das nachträgliche Weihnachtsgefeiern nur bedanken. Und die Eisenbahner mit ihren Gewerkschaftsinstanzen?

Die Welt steht nicht wegen des 31. Dezembers, sondern wegen des Sein oder Nichtsein unserer Eisenbahner gefährlich auf 5 vor Zweck d. S.

Alle Mann an Bord, die Fauste gehalt und die Proklamation der Unternehmer und ihrer Vertreter auf das Schafott abgeföhrt!

Die Eisenbahner müssen sich darüber klar sein, daß es bei dieser Provokation nicht bleibt, daß sich die Versuche des Unternehmers aus der Haut der Eisenbahner niemals zu schneiden in rascher Reihenfolge wiederholen werden. Die Eisenbahner können ihre Existenz nur sichern und festigen, wenn sie die erste unelementarische Voraussetzung dazu erfüllen, d.h. sich im Einheitsverband der Eisenbahner reislos organisieren.

Dem Herrn Generaldirektor und Schlichter muß auf ihre Weisheitsnotwendigkeit an die Eisenbahner, als Antwort der Ungehörigkeitsschluß aller Eisenbahner zum Einheitsverband auf den grünen Tisch gelegt werden.

Collegen, das ist mein Neujahrswunsch.

Hungerpeitsche der schleißischen Unternehmer

Massenentlassung und Kurzarbeit als Mittel zur Lohnsenkung

Wreslau, 4. Januar,

Aus allen Teilen Schlesiens werden neue Betriebsstilllegungen und Einführung von Kurzarbeit gemeldet. Mit Jahresabschluß wurde die Spinnewei der Schlesischen Textilwerke Methner & Freude, Abteilung Grünitz, Vandebur geschlossen. Die etwa 130 Mann starke Belegschaft wird so das Arbeitsdienst verunsichert.

Die Weberei Eppner & Schöfner ludigte 100 Männer Belegschaft. In der Minierlichen Spinnerei wurden gleichfalls 110 Männer entlassen. Das Textilwerk W. H. Schöfner, Kreisode, mit einer Belegschaft von 1000 Mann arbeitet seit 1. Januar verlangsamt und zwar vier Tage in der Woche mit einem Standort.

In der städtischen Wasanalt Stieglitz wurden 30 Männer entlassen. Die Tochterfabrik in Stieglitz hat ihre Belegschaft bis auf 12 Männer geschränkt. In der Stuhlfabrik des genannten Ortes stehen ebenfalls Entlassungen bevor. In der Granitindustrie und bei der Fayencfabrik hat Kurzarbeit eingesetzt. Auch in der Papierfabrik stehen Entlassungen bevor.

Überall greifen die Unternehmer die Betriebsstilllegungen zu Lohnabschürfungen auszunutzen. Die Butzenindustrie in Stieglitz hat der gesunkenen Nachfrage gefügt und gleichzeitig angekündigt, daß diejenigen Arbeiter, die 15 Prozent billiger arbeiten und auf Lohn verzichten wollen, weiter arbeiten können.

Die Porzellanfabrik Schachtel, Charlottenbrunn, hat ihrer 500 Mann starke Belegschaft gelindigt. Ein Teil der Entlassenen wurde benachrichtigt, daß sie sich am 4. Januar wieder zur Arbeit melden können; es sei bei 48 stündiger Werksarbeitszeit für vier bis fünf Wochen Arbeit vorhanden, auch hier wollen die Unternehmer die Betriebsstilllegungen scheinbar zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen benutzen.

In unserer Neujahrsnummer haben wir bereits auf die kommenden Betriebsstilllegungen in der Textilindustrie Schlesiens hingewiesen. Schon, als wir es vermutet, haben die Unternehmer ihre Ankündigungen wahr gemacht und übermals Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen dem Elend preisgegeben. Bezeichnend für die Schamlosigkeit der Ausbeuter ist, daß sie vielfach die Betriebsstilllegungen benutzen, um einen Teil der Belegschaften zu entlassen und den anderen Teil schlechteren Arbeitsbedingungen wieder einzusetzen. Sie hoffen nach dem Grundsatz: „Teile und herrse!“ Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, die draußen stehenden Proleten gegen die Wiedereingeriefelten auszuspielen. Dieses infame Beginnen muß durchkreuzt werden durch die Einheitsfront aller klassenbewußten Arbeiter. Alle Arbeiter müssen fordern:

Prüfung der Betriebsstilllegungen durch die Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte.

Enteignung und Verstaatlichung aller Betriebe, die ohne Genehmigung dieser Organe stillgelegt werden.

Parteidurchgang gegen lärmische SPD-Opposition

Landesversammlung der SPÖ Sachsen.

Nach den Mitteilungen der jüngsten SPÖ-Presse findet am 30. und 31. Januar in Dresden eine Landesversammlung der SPÖ statt. Der von der sozialistischen Regierung bestimmte Tag wird über die politische Lage referieren. Die Landesversammlung wird sich vor allem mit den Schriften zu beschäftigen haben, die zu tun sind, um trotz des Widerstandes des Parteidurchgangs und der CD die Auflösung des Landtages zu ermöglichen.

Wie einig der Parteidurchgang der SPÖ in Sachsen zugunsten der CD arbeitet, geht aus folgender Mitteilung unseres Leipzig-Brüderorgans, der „Sächsischen Arbeiter Zeitung“, hervor, die am 31. Dezember schreibt:

„Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß auch die Leipzig-Döbelner Zeitung ihrer Schriftsteller befiehlt und in die Hände des Parteidurchgangs ausliefern sollten, ob man kann sie, ob man kann nicht zu einem Rauschläger, Vormarsch bringen, aber der Parteidurchgang hat es durchaus als politische Erfahrung, daß sie einen vollkommenen inneren Kampf vorbekommen. Dies wird mit großer Begeisterung dabei vorgehen.“ Diese letztere Aussicht ist sehr ernst zu nehmen, wie wir noch später sehen werden.

Die SPÖ-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD-Arbeiter können daraus lernen, was die „Demokratie“ in ihrem Lande heißt. Die große Kampfeszeit ist vorbei.

Die SPD beringt Überprüfung des sozialpolitischen Auszugs

Die kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge der Unterpräsidiums auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Reichstages, die nach nicht erledigten Gewerkschaftsaufgaben noch vor den Weihnachtsferien zu beraten, ab und bestimmt, dass Beratungen darüber erst am zweiten Jahr nach Wiederzulässigung des Reichstagsvolumens, also erst am 12. Januar, aufzunehmen. Es zu bedenken eine Verlängerung um einen halben Monat.

Die kommunistische Fraktion hat sich nun mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, Herrn Esser (Centrum), gewandt, wonin es heißt:

„Um Unbill auf die von Mode zu Woche unverhältnismäßig hohende Gewerkschaftszeit habe die kommunistische Fraktion es für unabdinglich erachtet, dass der Sozialpolitische Ausschuss diese Anträge so beschleunigt erledigt, daß sie bei Zusammensetzung des Reichstages sofort dem Plenum überwiesen werden können.“

Die kommunistische Fraktion erhält zur Nachahmung den Sozialpolitischen Ausschuss am 8. Januar, also drei Tage vor Beginn des Plenums, zusammengezogen.

Mit einem weiteren Schreiben wandte sich die Fraktion an den Vorsitzenden des Unterausschusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses, Herrn Eichmann (SPD), das folgendermaßen lautet:

„Vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurden Ende November dem Volkswohlfahrtlichen Ausschuss die Anträge zur Verbesserung von Arbeitsgelegenheiten und Bekämpfung der Gewerkschaftszeit überwiesen. Der Volkswohlfahrtliche Ausschuss dieser Anträge anderum einen Untersuchung. In Abhängigkeit der sich geradezu katastrofisch entwickelnden Arbeitslosigkeit hat es die kommunistische Fraktion des Reichstages für dringend erforderlich, die Erledigung der Anträge zu beschleunigen und beantragt daher, dass der Unterausschuss des Sozialpolitischen Ausschusses am 5. Januar seine Beratungen wieder aufnimmt.“

Die Regierung plant auch Pressemeldungen am 5. Januar bereits eine Bekanntmachung über die Frage der Arbeitsbeschaffung, so, dass es möglich sein wird, den Unterausschuss das für seine Beratungen erforderliche Material am 5. Januar vorzulegen.

Hinter den Anträgen der SPD-Fraktion stehen sicherlich die drei Millionen Arbeitslosen, die es selbst nach der amtlichen Statistik in Deutschland gibt.

Unter „bewährter Führung“ gegen den inneren Feind

Reichspräsident von Hindenburg riefte „an die deutsche Wehrmacht“ folgenden Neujahrserlass: „Die deutsche Wehrmacht entzieht sich zum neuen Jahre meine herzlichsten Wünsche. Ich habe im vergangenen Jahre das hohe Maß ihres Könnens mit Freude festgestellt. Ich wünsche ihr, dass sie unter bewährter Führung fortsetzen möge in ihrer Aufgabe, unser Vaterland zu schützen.“

Dieser auch von Gehör gezeichnete Erlass ist eine Verkörperung von Seest, der die Aufgabe haben wird bei steigender Wirtschaftskrise mit der Reichswehr den Staat der Kapitalisten und Monarchen vor den hungrigen Arbeitern zu schützen. Da kein vernünftiger Mensch antnehmen kann, dass die Reichswehr Deutschland gegen irgend einen angreifenden Gegner „schützen“ kann, und da nach dem Abschluss des Vertrages von Locarno die Reichswehr nach außen nur als Vorallentrupp des englisch-französischen Imperialismus in einem Krieg gegen Sowjetrußland verwendet werden wird, so bedeutet der Erlass, es sei die Aufgabe der Reichswehr, das Vaterland zu schützen, nur die seit Jänner 1923 von Hindenburg und Gehör, das die Reichswehrtruppen von Otto von Below 1923 in Sachsen und Thüringen bald wiederholt werden. Die Arbeiterschaft wird diesmal einen Strich durch die Rechnung machen.

Von Flücht zu Flücht...

Roman einer Frau

49. Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Ende Mai oder Anfang Juni kam eines Tages die achtjährige Schwester mir meinte ganz verzweifelt: „Atemlos, was soll ich nur aus mir machen? Der Haushalt hat mir aus der Wohnung und der Schule gefangen, weil Vater kann ich letzten Herbst die Miete nicht bezahlt hat.“

Aber Kindchen, das kann doch gar nicht möglich sein, er hat doch von mir am 2. Januar jährlings Hundertmark Miete bekommen, und du hastte er es doch in eilig mit der Miete.“

Dann weiß ich nichts, ich weiß nur, dass mir die Neubausträumer wütend — und wir können doch nicht auf der Straße liegen bleiben.“

Ich wanderte mich durchs Haus aber gar nichts mehr. Ich habte mir doch in mir durch diese Heimat so verwundert, heile, dass ich gar keinen anderen Ausweg sah, als so viel wie möglich aufzusammeln und noch gut zu machen war. Denn meine Schwester war mir auch meine Schwester. Sie machte sich, doch von diesem Schicksal etwas aus, die Leidenschaften dringen feste und meine Neubausträumer — aber gar Georg Sommer — machten keinen hinterher. Ich schwor mir ja zu feiern, dass ich in solcher Umgebung genauso sterbe, als ich könnte und ich so leben. Daraus ging ich entschlossen und dem Nachbarn und auf die Rechnungsliste, um mich für die Miete zu verpfänden. Aber mein Vermieter wollte die Wohnung für den Menschen verpfänden, und er keine anderes Empfehlungen hatte. Da ging ich nach Frank, sollte mein Vermieter, das besser und auf seinem Nachbarn aus, und wieviel eine kleine gestiege Wohnung, wo mir alle meinen Kontakt zu mir der Mutter wichen, denn mein Mann hatte eine gute Lehre gefeuert — aber wie kostete die einzige Wohnung sehr?«

Stumm aber waren wir beide eingespannt, da sagte mein Mann erstaunlich: „Wir hetzen hier Gott zu den Spenden — und fragen uns darüber — denn die sind ja oft die einzigen Verpfändungen, welche nicht bei uns sind.“

Wir blieb der Verpfändung, waren auf diesen Gedanken, waren wir das alles weiter befreit hatten — und beide standen da nach innen über die freie Gewerkschaftszeit nichts. Wenn man davon, dann musste es gar nichts aus, wenn man freien „Vater“ von den Gewerkschaften, wenn er sich nichtstabt und eigentliches in der Miete ziehen und dort im Grate liegen lassen. Das war mir schwer zu denken, denn ich hatte mir immer für Arbeiter und Pflüger gesorgt,

Wilhelm Bied 50 Jahre alt

Die kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

am 16. Dezember den Antrag der kommunistischen Fraktion des Unterausschusses auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit nicht.

Die Kommunistische Fraktion hat noch vor den sozialen Anträgen mehrere Anträge auf Überprüfung der sozialpolitischen Auszüge auf die Kürzungserlaubnis und Verkürzung der Räume mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitslosigkeit eingereicht.

Der sozialpolitische Ausschuss lehnte aber in letzter Sitzung

Bericht**Arbeiterkommunisten**

Wir sind noch breit in der eigentlichen kleinen Stadt auf dem Lande und den dazugehörigen Märkten beschäftigt, haben sie mir ein gutes Leben verheißen.

Nur ist uns nicht immer für den Profit zu arbeiten, damit das eigene Leben gefestigt werden kann. Als aber mit Kinder gehalten waren, da war es mir so eng mit den Kindern. So ist dies die eigene Tugend, dass ich immer und immer wiederholte: Sie soll, die du hier für andere lässt, müssen deine Kinder allein verbringen. Sie müssen allein verbringen. Sie brauchen dich. Sie sind hilflos. Warum müssen sich zwei Menschen abplagen für die Erziehung einer Familie?

Früher als der Mann geht die Proletariermutter gebogen: früher, früher als der Mann ist ihr Körper ausgenutzt durch Not, Hunger und doppelte Arbeit. Die Hände der Taten zeichnen klar das Bild eines gequälten Lebens. Nachts nachts und mager liegen sie auf dem Sterbebett. Die Eltern stehen hoch aus ihnen hervor, als wollten dieses Blut allen zeigen, wie es durch den Adern fließt, wie es sich frant gelampst hat, — als wollte es sagen von der Vergewaltigung eines Vaters, der schwere Kosten kann getragen hat.

Ja, du Proletariermutter! Du Mutter — geht es nicht durch den Schmerz, dass du dies nicht stumm getragen hastest du doch deine Leiden in die Welt hinausgeschrieen, und damit Sonderde, ja Lautende mit dir gerissen. Ihre Söhne hatte alle Proletarier mit sich nehmen können. Männer und Frauen. Alle die Qualgeplagten.

Proletariermutter, du fragst den Frontkämpfer Nachts hindurch, in deiner Söhnerheit und Arbeit in den Fabriken: Wenn deine Kästle erklappen und lorgst du nach, für deine Familie, obwohl das Haus leer für das Essen des anderen Tages. Am späten Abend, wenn die Kinder schlafen gehen, lüft du noch auf dem Schenkel bei der Fleischarbeit. Den frischen Fleiben der Proletarierfrau schenkt du kein Gehör, du hast nicht Zeit frant zu sein, du hast nur Zeit, dich zum Sterben einzulegen.

Schön mit 40 Jahren bist du ausgedacht, kennst keine Freude, nur Arbeit, für die Freude bist du zu müde, für die Arbeit, darfst du es nicht sein, damit deine Kinder nicht fühlen, wie ungerecht das Leben ist. —

Du schwiegst. Das Schweigen aber lässt die Tyrannie für deine Kinder nicht.

Proletarierfrau — die Erfüllung aus deinem Leid — für dich und deine Kinder ist der Kampf. Nicht schwören, nicht dulden und quälen — aufstehen, aufstehen, erklampfen ein besseres Sein!

Jung-Spartakus voran!

Von einem Jungkommunisten des Bezirks Nord erhalten wir nachstehende Nachricht:

Der Jung-Spartakus-Bund ist gegründet. Er ist da und nichts kommt hin aus der Welt schaffen.

Genossen der Partei wir werden Euch unterstützen im Kampf gegen die Kapitalistensklavie, im Kampf gegen unsere Ausbeuter. Wir waren unter welchen Banner wir stehen und kämpfen. Wir wissen, wo unser Platz ist. Unser Kampf ist genau so schwer wie der der erwachsenen Genossen. Unser Kampf spielt sich in der Schule ab, die noch von den Ausbeutern der Arbeiter beherrscht wird. Der Kampf der erwachsenen Parteigenossen spielt sich in den Betrieben ab, wo sie genau wie wir mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Gemeinsam wollen wir kämpfen gegen alle Ausbeuter der Welt. Denn die Bekämpfung für uns Arbeiter kann nur das Werk von uns selbst sein. Wir sind die Jungen der alten Kämpferklassen und sind bereit mit diesen zu sterben, zu kämpfen und zu leben. Jung-Spartakus steht in der ersten Reihe im Kampf gegen die Ausbeuter der Arbeiterklasse. Der Jung-Spartakus greift gemeinsam mit den erwachsenen Genossen an und hält treu zu dem roten Banner. Deshalb erwünscht der Jung-Spartakus Unterstützung von den erwachsenen Genossen.

Der Jung-Spartakus — er lebe hoch!

Die gut orientierte „Vollsmacht“

Die „Vollsmacht“ vom 28. Dezember macht Lydia Astor, die Frau des bekannten Metallarbeiter, zum Mitglied der Arbeiterpartei.

Der gut orientierte Chefredakteur und Auslandspolitiker, Herr Birkbaum, braucht natürlich nicht zu wissen, dass Frau Astor nicht Mitglied der Arbeiterpartei, sondern eine erzählerische Konzeption ist.

Herr Raßl verbietet!

Herr Raßl, der sich als König im Reich des Gewerkschaftshauses fühlt, geht mit einer Annullierung hundertgleichen gegen alle diejenigen der, die irgendwann einmal einen Willen ergriffen haben. Auch eine ganze Gewerkschaftsleitung die nichts mit der Kommunistischen Partei zu tun haben, wissen ein Lied davon zu singen. Naturgemäß geht er jedoch den größten Haß gegen die Kommunisten. So verbietet er vorbehaltlos dem Gewerkschaftsleiter, das Betreten des Gewerkschaftshauses, sich von Raßl mit Hilfe des Vortriebs entfernen. Die Auflösung des Genossen Thomas, ihm die Gründe des Verbots mitzuteilen, lehnte Raßl mit dem bezeichnenden Satz: Das habe ich nicht nötig, ab.

Genosse Thomas ist seit April 1923 gewerkschaftlich organisiert. Eine von den Genossen Thomas bei dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes und des Ortsausschusses des ADGB eingeleitete Petition batte nur den Erfolg, dass man unserem Genossen eine schriftliche Beschwerde „empfahl“, die vielleicht monatelang nicht bearbeitet wird.

So sieht der sächsische Kampf hervorragender sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre und ihr Streben nach Einheit der Arbeiterbewegung aus. Alle ehrlichen Breslauer Arbeiter werden für das Verhalten des „Kollegen“ Raßl nur ein „Pfui“ übrig haben.

Arbeitslosenversammlung des Landkreises Breslau

(Von einem Arbeitslosen.)

Am Mittwoch den 30. Dezember hatte die SPD die Arbeitslosen des Landkreises Breslau zu einer Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses zusammengetragen. Als Referent sprach Stadtrat Tisch. Auf der Tagesordnung stand: „Wie helfen wir den Arbeitslosen?“ Tisch sprach von Ruhe und Besonnenheit. Auch er meinte, die Arbeitslosen leben auf dem Lande nicht so notdürftig als diejenigen in der Stadt. Die SPD habe schon seit Jahren das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land hergestellt. So wölfte Ritterdorff, leitete die Versammlung. Bei Eröffnung beteiligen gab er bekannt, dass für die Arbeitslosen des Landkreises eine Kommission gesetzt ist. Der Kollege Kolberg sprach: „Ich sage Ihnen, wir sind hier nicht mehr zu bestimmen.“

Am Mittwoch den 30. Dezember sprach der Vorsitzende vom Landkreis als Vizepräsident der SPD.

Das Einheitskomitee von Breslau ist das gesuchte schlesische Jungproletariat!

Die deutsche Jungarbeiterdelegation ist am 20. Dezember aus dem russischen Arbeiterviertel zurückgekehrt. Heute, wo die Delegierten durchstreifen und losziehen, werden sie in gewaltigen Demonstrationen von den jungen und erwachsenen Arbeitern begrüßt. In den kurzen Berichten, die bis jetzt von den Delegationen gegeben wurden, kommt schon zum Ausdruck, wie in Rückblick Jugendbuch und Jugendrecht vorbildlich für alle Welt sind.

Nun werden die siebzehn jungen Arbeiter in ganz Deutschland berichtet von der Lage, dem Leben und Treiben der zufolgenden Arbeiterviertel. In Schlesien wird am 24. Januar auf dem Bundesarbeiterkongress in Waldenburg per seines Vorliegenden (Mitglied der SPD) der ersten deutschen Arbeiterviertel Delegation über das Arbeiterviertel sprechen. Mit allen Kräften muss nun dieser Kongress vorbereitet werden.

In Breslau ist bereits in der öffentlichen Jugendbildung am 18. Dezember ein Einheitskomitee gebildet worden. Dieses Einheitskomitee ist das erste seiner Art in Schlesien. Darum erblickt das Breslauer Einheitskomitee eine seiner dringendsten Aufgaben darin:

Durch den heutigen Aufruf, die gesamte Jungarbeiterenschaft und insbesondere alle proletarischen Jugendorganisationen von Schlesien aufzusammeln, in den wichtigsten Orten ebenfalls Einheitskomitees zu gründen, die dann sofort die Verbindung mit dem Einheitskomitee in Breslau aufnehmen und Hand in Hand mit denselben den schlesischen Jungarbeiterkongress organisieren. Aus diesem Kreise des Einheitskomitees soll später ein Breslauer Einheitskomitee gebildet werden.

In den wichtigsten Industriezentren müssen unbedingt Einheitskomitees geschaffen werden.

Wir rufen unseren Konsell vor allem an die Rechte der arbeitenden Jugend, die die Gilme der Arbeiterschaften besitzt für das Neue Arbeitshaus erobert haben. Diese Jungarbeiter sollen in der ersten Reihe stehen und am nächsten arbeiten, wenn es heute mehr denn je gilt, die Arbeitsschule über Rücklauf, die der Arbeit will, zu verbreiten.

Jungarbeiter! Wir wissen, dass heute aber auch die Gewerkschaft und Freunde der proletarischen Einheitsfront, mit Gemeinschaft und Liebe gegen uns kämpfen. Die Erfahrungen in Breslau zeigen uns das deutlich. Junge Proletarier aus den Betrieben! Junge Angestellte aus dem Büro! Angestellte aus allen proletarischen Jugendorganisationen! Rüste euch durch das arbeitsfeindliche Treiben dieser Leute von eurer Arbeit — für die Schaffung von Einheitskomitees für die Organisierung des schlesischen Jungarbeiterkongresses — nicht abhängen! Überall, wo euer Platz ist, im Betrieb, im Büro, in der Gewerkschaft, in eurer Jugendorganisation, auf der Straße, darüber unermüdlich mit der begeisterten Überzeugungs Kraft der Jugend für den schlesischen Jungarbeiterkongress. Eure Aufgaben sind:

Macht Belegschaftsversammlungen! Wählt dort Delegierte zum Jungarbeiterkongress! Haltert sofort öffentliche Kundgebungen ab! Wählt dort das Einheitskomitee! Rüste allerorts zum 24. Januar! Es ist euer Tag. Wer interessiert nicht der Bericht aus dem Lande, wo die Arbeiterjugend frei ist von kapitalistischer Unterdrückung und die gesamte Arbeiterschaft

Das Einheitskomitee der Jungenarbeiter von Breslau.
A. N. R. Munden.

darauf, dass man den Arbeitslosen des Landkreises den Saal des Gewerkschaftshauses zur Verfügung stellt, wo doch für die Breslauer Arbeitslosen der Saal geöffnet ist. Er wies Tisch nach, dass die Arbeitslosen im Landkreise noch holdflüchtiger leben, als die in der Stadt, da sie öfters Gebräuchartikel sowie Lebensmittel stehlen müssen. Er führte den Arbeitslosen vor Augen, doch es die SPD war, die den Damas-jüdischen Zustand und mit ihrer Zustimmung den Ruhindustriellen 715 Millionen in den Norden gezwungen wurden. Tisch sprach von der praktischen Arbeit der SPD für die Arbeitslosen. Kolberg zeigte den Arbeitslosen an Hand von Tatsachen, wie die praktische Arbeit der SPD aus sieht. Ein SPD-Regierungspräsident Gschwendt in Meißenburg droht denjenigen Gemeinden mit Strafe, die aus eigenen Mitteln den Arbeitslosen Zuschüsse geben. Als Arbeitslosenrat von Karlowitsch verlässt Kolberg folgende Resolution und verlässt von Srowitz, dass selbiges zur Abstimmung kommt:

Die heute, am 30. Dezember 1925, verfaßten Arbeitslosen des Landkreises Breslau protestieren gegen die Einführung einer besonderen Kommission, da dieselbe nur die Tercipräzierung der Arbeitslosen bedeutet.

Plötzlich erklärte Srowitz, dass diese Kommission gewählt sei, dielebte soll erst gewählt werden. Er legt dann einige Arbeitslose aus der Versammlung vor, wogegen die Arbeitslosen protestieren und Vorwürfe aus der Versammlung forderten. Die Resolution liest Srowitz unter den Tisch fallen und brachte sie nicht zur Abstimmung. Kolberg forderte die Arbeitslosen auf, sich nicht um eine Kommission zu kümmern, die von Seiten der SPD genehmigt ist. Sie sollen sich selbst in allen Orten Arbeitszenträte wählen und nur solche, die zielbewußt und klar, für ihre Interessen eintreten, einen eigenen Ring der Arbeitslosen um Breslau legen und sozusagen mit den Breslauer Arbeitslozen arbeiten.

Gemeinde-Vorsteher Alois Groß-Mohbern, der gleichzeitig Geschäftsführer des Arbeitslosenamtes Breslau ist, versprach sehr viel für eine Verbesserung der Not. Er musste selbst zugeben, dass im Landkreis Breslau die Zahl der Arbeitslosen in den letzten 14 Tagen vor Weihnachten von 900 auf 3600 gestiegen.

Am mehreren anderen Diskussionsreden sprach ein Arbeitsloser aus Jimpel. Dieser berichtete, dass vier Arbeitslose, darunter zwei Siegelsarbeiter und zwei Bauarbeiter Arbeit bei dem dortigen Gußvorsteher zugewiesen wurde. Sie mussten Bilder ausmachen. Dafür verdienten sie in sechs Tagen den jüdischen Lohn von 1.54 M. pro Monat.

Im Schlusswort, das Tisch hielt, war er nicht in der Lage, die Ausführungen des Kollegen Kolberg zu widerlegen. Der eiserne Ring, der unsere Genossen mit den Arbeitslosen verbindet, konnte er schwer verdecken. Wieder predigte er von Ruhe und Besonnenheit.

Zur Strafentlastung. Uns wird geschrieben: Auf der Matthäusstraße vor der Hindenburgbrücke sind verschiedene Gastlandesabte mitten auf dem Bürgersteig längs der Schultheissbrauerei bis zur Kanalbrücke angebracht, die ohne Beleuchtung sind. Peter holt den sächsischen Magistrat, die diese Gastlandesabte mit brennenden Flammen zu verbrennen, um nicht durch Unglücksfälle um noch größeres Ausgaben zu verursachen oder aber durch Brandstiftung Arbeit (nicht Rottendorf) die Randabte ganz zu entfernen. Da ich öfter meinen Weg über die Hundsfelder Brücke nahm, möchte ich den verächtlichen Magistrat auf die Beleuchtung dieser Brücke hinweisen. Man hat wohl zu beiden Seiten alle Lampen in Beleuchtung gelegt, aber da sie nur von einer Scheibe auf die Brücke beleuchtet, nehmen sie das Licht weg. Gepast ist durch die vielen Lampen nichts. Wie lange noch wird mit dem Rücken der Kanalstraße gewartet werden müssen, dass sie die Richtung der Hindenburgbrücke einnimmt. Dadurch könnten verschiedene Arbeitserhaltung finden.

Nur gegen Vorauszahlung des Honorars. Zu dieser von uns veröffentlichten Notiz erhalten wir von der bekannten Wiesner eine Füllzettel. Diese lautet: „Am 25. Dezember 1925 nachm. 31. Uhr wurde ich von dem Handelsmann und Schuhfabrikanten Jagau hier, Materialstr. 12, zur Entbindung seiner Frau gerufen. Da mir der Mann von der letzten Entbindung im Dezember 1924 nach einem Rechtsdag von 8.— W. zufolge fragte ich ihn auf dem Wege zu seiner Wohnung, wie er es dieses Mal mit der Bezahlung halten will, was raus er mir erwiderte, ich sollte mir ruhig mitschicken, das Geld bekomme ich sofort. Auf eine seiner Bemerkungen unterwegs hielt ich es für ratsam, bei der Polizei in der Wohnung sofort auf Bezahlung zu dringen, da ich hinterher doch nichts für meine Arbeit erhalten hätte. Für meine Bemühungen bei der Entbindung wurde im Medienbüro festgestellt, dass meine Bezahlung von 1924 habe ich im ganzen 45.— verbraucht bin aber ebenso gut nichts bekommen hätte, mit 10.— verbrachten genug, welche ich nun dann erhalten habe.“

Am 25. Dezember 1925 nachm. 31. Uhr wurde das Wohlbehalt für meine Bezahlung bestätigt.

Festordnung für das Schuljahr 1926/27. Die Schulfesten im Jahre 1926/27 sind für alle Schulen an Orten mit höheren Lehranstalten Schlesien wie folgt festgesetzt: Oster: Mittwoch, 31. März bis Mittwoch, 14. April. Pfingsten: Freitag, 21. Mai bis Dienstag, 1. Juni. Sommer: Mittwoch, 7. Juli bis Dienstag, 10. August. Herbst: Dienstag, 30. September, bis Dienstag, 12. Oktober. Weihnachten: Donnerstag, 22. Dez. 1926, bis Dienstag, 11. Jan. 1927. Schluß des Schuljahrs: Mittwoch, 6. April 1927. Die Daten bedeuten Schuljahrs Ende bzw. Anfang.

Die Ausstellung der Handwerker- und Kunstgewerbeschule im Alten Museum an der Grünstraße bleibt bis zum 6. Januar geöffnet.

Die Beamten und Angestellten der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der städtischen Rohrwerke erhalten für das Kalenderjahr 1926 Ausweise in der Farbe.

Briefkassen

Kommunillen und Stahlhelme als Steuerbrecher. Die Erwidern auf diesen Artikel in der „Volkswacht“ trug keine Unterschrift. Papierlor.

Ein SPD-Genosse. Reicht zu persönlich. Wird nicht veröffentlicht.

Die Predigt des Buchdruckers M. Der Predigt wurde gefürchtet werden. Wir verhinderten und vertrieben keine Gewalt, sondern nur Gefahren.

Parteiveranstaltungen

Breslau. Metallarbeiter. Montag, 7.30 Uhr im „Roten Löwen“.

Kommunistischer Jugend-Verband

Jung-Spartakus West. Montag, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Marktstraße, Zusammenkunft. Jung-Spartakus Breslau-Ost. Montag, 4.45 Uhr nachm., auf dem Webersplatz. Jung-Spartakus Breslau. Handzettel vom 20. Dez. abrechnen bei Kofa, Königsgraben Straße 32. Jung-Spartakus Ost. Montag, 4.45 Uhr nachm., auf dem Webersplatz. Jung-Spartakus Breslau. Zusammenkunft aller gewerkschaftlich organisierten Genossen, die im DMB organisiert sind, nehmen Montag, den 4. Januar im Roten Löwen, abends 7 Uhr, an der Freiluftversammlung teil. Metallarbeiter des Kofa Jung-Spartakus haben ebenfalls Zutritt. Montag, abends 7.30 Uhr, in der „Stadt Wien“, Palergasse, Zusammenkunft aller gewerkschaftlich organisierten Genossen, mit Zusammenkunft der Metallarbeiter, die in die Partei-Fraktionssammlung gehen. Alle gewerkschaftlich organisierten Kameraden vom KZ haben ebenfalls teilzunehmen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Geheime RFB trifft sich Donnerstag, abends 7 Uhr, im Oberbauer, Gartenstraße, zur Gefangenfreilegung.

Gruppe Süd. Montag, 7.30 Uhr, Kameradschaftsabend 6. Februar, Siebenbürener Straße.

Gruppe Zentrum. Montag, 7.30 Uhr, im Turnhof, Mitgliederversammlung. Referent anwesend.

Gruppe Süd, die Metallarbeiter sind. Montag, 7.30 Uhr im Roten Löwen.

Gruppe Nordost (nebst Jungsturm). Montag, 8 Uhr, Versammlung im „Oberstrom“, Uferstraße, Sympathisierende willkommen.

Gruppe Nord (nebst Jungsturm). Montag, 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung.

Gruppe West. Montag, 7 Uhr bei Moh, Schweizerstr. 10, Rente, Radfahrerabend.

Jungsturm, Gruppe Ost. Dienstag, abends 8 Uhr, bei Gräfe, Kameradschaftsabend.

Jungsturm. Karton vom Jüttmann sofort Mehlasse 55 abrechnen.

Roter Jungsturm West. Dienstag, 8 Uhr, bei Wind, Mariannenstraße. Gäste willkommen.

RJ. Funktionssitzung nicht Mittwoch sondern Donnerstag, 7.30 Uhr, Gentner, Siebenbürener Straße.

Sonstige Organisationen

Breslau. Metallarbeiterfaktion. Montag, 7.30 Uhr, im „Roten Löwen“.

Kupfermiedelstraße, Gisung.

Georgsbor. Cos. Mittwoch, 7.30 Uhr, gemütlicher Thor.

Rote Hilfe. Dienstag, 7.30 Uhr, Sitzung der Ortsleitung.

Rote Hilfe. Mittwoch, 7.30 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Rückblick und Ausblick

Mit dem Freiburger Parteitag trat eine entscheidende Wendung im Stund der schlesischen Parteorganisation ein. Viele Krankheiten der vergangenen Jahre wurden liquidiert. Der Freiburger Parteitag war insofern einen Schritt vorwärts, als durch ihn ein erster Versuch gemacht wurde, die Partei auf eine gewundne organisatorische Basis umzustellen, und die besten Kräfte der Partei zu einem einheitlich festen Block zusammenzuschließen.

Der Erfolg blieb nicht aus. An Stelle der zwei Zeitungen, die vor dem Freiburger Parteitag herausgegeben waren, erscheinen heute deren vier. Die Auflage der Presse wurde in den sechs Monaten mehr als verdoppelt; die Zahl der abgerachneten Mitglieder, d. h. derjenigen, die den Kern der Partei bilden, gleichfalls verdoppelt.

Wir sind vorwärts gegangen; der Bezirk wurde stabilisiert. Wenn die Organisation am Ende des Jahres 1925 zurückblickt auf ihre Arbeit, so kann sie mit Pug und Recht von sich sagen: Wir haben einen Schritt vorwärts getan.

Trotzdem bleibt noch viel zu tun übrig. Wenn wir festgestellt haben, was getan wurde, dann müssen wir feststellen, was zu tun noch übrig bleibt. Was fehlt noch, was ist noch zu tun?

1. Die Ideologische Klärung unter der Mitgliedschaft; die Vertiefung des Verständnisses vom Wesen und der Rolle der Partei ist sehr vernachlässigt worden.

2. In Schlesien, mit einem großen Teil ausgesprochenen Landproletariats, mit einer solchen Masse von Klein- und Mittelbauern, haben wir auf dem Gebiet der Landagitation, fast nichts getan.

3. Die Propaganda für die Gewerkschaften, die Arbeit unter den Parteigenossen ist nicht mit dem Erfolg zu Ende geführt worden, den wir notwendigerweise verlangen mussten.

4. Um die Genossenschaften, um die Konsumvereinsbewegung, in der die reformistische Bürokratie sich systematisch neue Stützen schafft, haben wir uns nur wenig gekümmert.

5. Wir haben in der Provinz über 200 kommunistischen Gemeindevertreter; aber die Arbeit dieser kommunistischen Gemeindevertreter kam nach außen hin wenig in Erscheinung. Der Einfluß der Partei entspricht durchaus nicht dem, den sie haben müßte, und haben kann, wenn man die Zahl unserer Funktionäre in den Gemeindepalamenten betrachtet.

6. Der Zellenumbau ist begonnen, aber noch nicht zu Ende geführt. Im einzelnen stellen wir fest, daß noch umzu-
bauen sind:

Im Unterbezirk Görlitz	9 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Neusalz	3 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Breslau	17 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Striegau	3 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Langenbielau	2 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Liegnitz	2 Ortsgruppen
Im Unterbezirk Hirschberg	11 Ortsgruppen

Nur im Unterbezirk Waldenburg ist die Umstellung auf Zellen ernsthaft in Angriff genommen und fast restlos durchgeführt.

7. Bei unserer Presse steht die Zahl der Abonnenten, trotz der Verdopplung noch in keinem richtigen Verhältnis zu der Zahl der Stimmen, die wir erhalten haben. Darüber hinaus bleibt die alte Forderung, daß die kommunistische Presse von den Arbeitern geschrieben werden muß, immer noch eine Forderung, die mehr oder minder auf dem Papier steht.

8. Obwohl unsere Genossen in Dutzenden von Sportvereinen vertreten sind, haben wir in den Sportorganisationen keinerlei kommunistische Arbeit.

Das sind nicht alle, sondern nur die wichtigsten der Arbeiten, die wir nicht erledigt haben.

Das Jahr 1926 stellt neue Aufgaben vor uns. Um diese lösen zu können, müssen die Fehler und Unterlassungssünden des vergangenen Jahres energetisch ausgemerzt werden. In dem Vordergrund der Arbeit steht unser Kampf für die Erwerbslosen. Die Krise, die kaum begonnen hat, wird sich auswirken in einem Maße, die wahrscheinlich das übersteigt, was die deutschen Arbeiter seit 1912 erlebt haben. Wir müssen versuchen, die Führung in der Erwerbslosenbewegung in unseren Händen zu halten. Die Ansätze dazu sind da, aber diese Ansätze müssen ausgebaut, und organisatorisch zusammengefaßt werden.

Unsere Genossen müssen unter den Erwerbslosen überhaupt die Parteigenossen fraktionell zusammenschließen, die Arbeit dieser Fraktion muß durch die Parteileitung aufs genaueste überwacht werden. Darüber hinaus muß zentral im Unterbezirk und Bezirk der Zusammenschluß erfolgen, um zu einer einheitlichen Arbeit für die Interessen der Erwerbslosen im ganzen Bezirk zu kommen.

Mit der Arbeit für die Erwerbslosen ist zufällig verbunden die Arbeit unserer Gemeindevertreter.

Die Politik der Partei, die eingesetzt wird unter der Parole „Meran an die Massen“, ist in die Praxis umzusetzen. Unsere Gemeindevertreter gehören mit den Erwerbslosen auf Gedächtnis und Verderb zusammen. Sie müssen ständig mit ihnen Führung haben. Keine Erwerbslosenversammlung, keine Demonstration, keine Zusammenkünfte der Arbeitslosen, ohne daß unsere Gemeindevertreter dabei sind, ohne daß sie die Wünsche und Beschwerden der Arbeitslosen entgegennehmen, ohne daß sie zeigen, was will die KPD.

Aus dem Schätztheorie, das unsere Gemeindevertreter weiter führen, müssen sie die einheitlichsten Faktoren für unsere Politik in den einzelnen Gemeinden werden.

Heraus an die Massen! Diese Parole des 2. Kongresses, „Wir so oft wiederholen, von der wir oft gesprochen und geschriften haben, bleibt eine leere Phrase, wenn sie nicht durch die praktische Arbeit in die Tat umgesetzt wird. Heraus an die Massen!“ unsere Genossen müssen weiter in die Gewerkschaften. Sie müssen die Industrie, die Dienstleistung, zeigen, daß sie in die Gewerkschaften eingetreten sind, und unsere Parteigenossen bis auf den letzten Mann einheitlich organisieren.

Aber das ist es nicht allein. Wenn wir in den Gewerkschaften hinzugehen, und es daher bewenden lassen, dann müssen wir genau das Gegenteil davon erreichen. Es darf keine Rivalität bei den Massen gewinnen, wir müssen die Massen und Massenrollen Reden, sondern dasselbe, was wir wollen. Wir müssen, wie die Kommunisten sind, die bestrebenen Funktionen in den Gewerkschaften ausführen, und darüber hinaus, überzeugt in keiner Gewerkschaftsleitung daran zu-

vergebend sein, ohne daß der Kommunismus versucht, diese Position für sich zu erwerben. Es genügt nicht, wenn wir einzelne Zahlstellenleitung durch unsere Genossen besetzen und der ganze Funktionstruppant von der SPD, besetzt wird oder überhaupt nicht funktioniert. Systematische zähe Kleinarbeit, und ist es auch nur als kleiner Konsulat, als Betriebsvertretermann, wird mehr den Einfluß der Partei stärken, mehr das Vertrauen der Massen zu den Kommunisten gewinnen, als alles andere. So steht es im Vordergrund der Arbeit des Jahres 1926 die Erwerbung der Funktionen in allen Arbeiterorganisationen und ihre Ausübung im Dienste für die Interessen der Arbeiterschaft.

Verbindet die Zellen mit dem Bauern- und Landproletariat draußen. Wenn wir uns die Wirkungsweise ansehen, so wir fest, daß die deutsche Reaktion ihre starke Stütze dem flachen Lande hat, daß die kommunistische Partei doch alles leisten muß. Hier erwacht eine große Aufgabe. Der Bauer, der von Tag zu Tag mehr proletarisiert wird, gehört zu uns, und gemeinsam mit uns kämpft, heute übersteht er noch vollständig unter dem Einfluß der Reaktionären Schäfflerungen, die ihm den Kommunisten als ein furchterliches bolschewistisches Schreckgespenst mit Choleraballen, Handgranaten, Waffenlegion der Tscheka und anderen Errungenschaften moderner Spitzelphantasie, zeigen. Wir müssen praktisch zeigen, daß wir die Freunde des proletarischen Bauern- und des Landarbeiters sind. Wir müssen gleichzeitig die Einstellung bei den Arbeitern: der kleine Bauer lebt vom Hunger des Industriearbeiters zerstören. Niemand ist besser in der Lage, diese Arbeit nach zwei Seiten zu leisten, als unsere Zellen, deshalb noch einmal, baut um, schafft Zellen und verbindet die Zellen schnell mit der Bevölkerung auf dem flachen Lande.

Wir können diese Arbeit unter der Provinzialbevölkerung wesentlich durch unsere Presse unterstützen. Dort, wo wir nur selten und mit großen Unkosten verbunden hinkommen können, ist es möglich, täglich unsere Ideen zu verbreiten durch unsere Zeitung. Werbt für die Zeitung! Schafft euch eure Zeitung! Geht der Zeitung das Gesicht, der kommunistischen Partei, d. h. das Gesicht des ernsthaft um seine Befreiung ringenden Proletariats, das Gesicht der Gesicht der Partei, die den Kampf um die Befreiung aller Schaffenden führen wird. Dazu ist notwendig, daß Ihr schreibt, kurz, einfach, zusammenfassend, kein langes Geschwafel, das wir doch nicht bringen können, weil wir bei dem Mangel an Platz auf das Äußerste sparen müssen. Berichtet über das, was in den Betrieben vorgeht, zeigt das Wohnungselend in der Praxis, zeigt den Hunger der Erwerbslosen, den Hunger der Rentner, der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner. Reißt auf die Tür und die Fenster der Fabrik und läßt alle Proleten hineinschauen in diese modernen Gefängnisse, aber seid kurz, sachlich und präzis. Schafft euch eure Presse, ihr werdet damit einen der wesentlichen Faktoren schaffen im Kampf um die Masse.

Im Jahre 1925 haben wir ein gutes Stück Arbeit geleistet. Im Jahre 1926, das vor uns steht, muß diese Arbeit fortgesetzt und ausgebaut werden. Alle Mittel sind uns recht, alle Wege werden wir gehen, alle Hebel in Bewegung setzen, um die kommunistische Partei zu einer Massenpartei zu machen, zur Partei des Proletariats in Stadt und Land, zur Partei, welche die Masse führt zur Revolution, zum Sieg.

Darum: Alle Mann heran an die Arbeit! Wir tragen das Rote Banner in Schlesien voran! Wir setzen alles ein, um alles zu gewinnen! Jeder Mann an seinen Platz! Dann wird der Sieg unser sein.

Glück auf ins neue Jahr!

Die Bolschewisierung und die Arbeit in den Gewerkschaften

Aus den Thesen über die Bolschewisierung der

Parteien der Kommunistischen Internationale

Die Gewerkschaften bilden in der ganzen kapitalistischen Welt die wichtigste Form der Massen(Gesamt-)Organisation des Proletariats. Gewiß sind auch die anderen Formen von höchstem Wert und gewiß steht auch ihnen eine gewaltige revolutionäre Zukunft bevor; doch diese neuen Formen der Massenorganisation beginnen sich die allgemeine Anerkennung seitens der breiten Arbeitersassen erst zu erwerben. Andererseits werden solche neuen Formen der Massenorganisation des gesamten Proletariats, wie die Rote, übersaupt erst im unmittelbaren Beginn der Revolution möglich. Sich dem Glauben hinzugeben, die Kommunisten könnten im Rahmen des Kapitalismus neben den Gewerkschaften irgendeine andere Massenform der Arbeitorganisation improvisieren, heißt den Boden der Wirklichkeit verlassen.

Einen der wichtigsten integrierenden Bestandteile der Lehre des Leninismus bildet die Lehre von der Notwendigkeit der Arbeit der Kommunisten selbst in den allerreaktionärsten Gewerkschaften. Fehltritte auf diesem Gebiet, kemen den Kommunisten sehr traurig zu stehen (als bestes Beispiel siehe Deutschland). Die grundsätzliche Unsicherheit auf diesem Gebiete hat dazu geführt, daß die praktische Arbeit der jungen kommunistischen Parteien Europas in den Gewerkschaften noch nicht einmal ordentlich begonnen hat. Den wichtigsten integrierenden Bestandteil der Bolschewisierung bildet die Arbeit in den bestehenden sozialdemokratischen und anderen (gelben, nationalsozialistischen, konfessionellen und faschistischen) Gewerkschaften, der fundamental mehr Aufmerksamkeit zuzuweisen ist als bisher. Nur unter dieser Bedingung kann das Monopol der reformistischen Spitzen (der Arbeitgeberkönig) in den Gewerkschaften tatsächlich gebrochen werden. Nur unter dieser Bedingung werden sich die Gewerkschaften wirklich von dem zerstörenden Einfluß des Reformismus, der ihre Bedeutung als ein verlässliches Instrument des Klassenkampfes aufzuheben versucht, befreien. Selbstverständlich bedeutet sich das auch auf die Betriebsräte, wo solche vorhanden sind, oder wo die Möglichkeit besteht, sie in einem Massenmaßstab ins Leben zu rufen.

Die Kommunisten werden ihren Einfluß dadurch steigern, und dadurch Autorität in den Arbeitersassen gewinnen, daß sie sich für alle unmittelbaren Forderungen: Lohnerhöhung, Schutz des Arbeitszeitraumes, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit usw. einzusetzen und sich gewissenhaft und mutig an die Spitze aller Kämpfte auf der Arbeitgeberseite stellen.

Diese Haltung ist um so notwendiger, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in allen Ländern die Interessen der Arbeitnehmer massenhaft vertragen und nicht zögern, sich den Arbeitern anzuhören, um die gegen ihren Willen eingesetzten Streikbewegungen zu schwächen oder zu vereiteln. In allen sozialen Bewegungen eines richtigen Standpunktes zu stehen, müssen die kommunistischen Parteien nicht nur innerhalb des eigenen Parteiverbandes, sondern auch innerhalb der Gewerkschaften, die den Arbeitern gegenüber treten, die Arbeitnehmerinteressen vertreten und die Arbeitnehmerinteressen fördern. Dies geschieht

hört zu den Voraussetzungen, um den Kommunisten genauer Weisungen und Parolen geben zu können, um zu erreichen, daß sie in allen Kämpfen gegen den Kapitalismus an der Spitze des Proletariats stehen.

Die Wichtigkeit guter Berichterstattung

Es gibt wohl kaum ein Proletariat und eine kommunistische Partei — außer Sowjetrussland — die so viele und so schwere Erfahrungen durchgemacht haben wie die deutsche Arbeit und ihre revolutionäre Partei, die KPD. Was der einzelne revolutionäre Arbeiter seit 1914, seit 1918 gesehen, erlebt, durchgemacht hat, das steckt zwar in ihm drin, wird vergessen, halbwegs, kommt ihm aber erst dann wieder Bewußtsein, wenn große Ereignisse ihn aus dem Schlaf rütteln. Aber die Gesamtklasse hat kein Bewußtsein ihrer revolutionären Vergangenheit; die in die Kampfreihen des Proletariats eintretenden neuen jungen Schichten finden keine Tradition vor, an der sie anknüpfen, lernen könnten, wie die deutsche Arbeiterklasse kämpfte, wie und warum sie geschlagen wurde, welche Lehren und Erfahrungen in den ereignisreichen Jahren von 1914 bis 1925 gemacht worden sind.

Ein Symptom für diese Schwäche unserer Partei ist z. B. die Tatsache, daß die KPD ihre eigene Geschichte nicht kennt, was für die Gesamtorganisation gilt, gilt für jeden Bezirk, für jede Ortsgruppe, für jede Zelle. Wo ist der Bezirk, wo ist der Ort, wo ist der Betrieb, der im Laufe der letzten Jahre nicht in schwere Kämpfe verwickelt war?

Was sind das für Erfahrungen: wie wurde der Kampf geführt, welche Methoden wurden erprobt? Wie werden wir es morgen — beim Ausbruch eines neuen Kampfes besser machen?

Diese Zeilen sind die Begründung für die einfache Forderung, die man immer und immer wieder an jedem verantwortlichen Genossen, jede Parteidokumentation richten muß: Berichtet und zwar berichtet regelmäßig, klar und objektiv. Sammelt jede Erfahrung, die sich aus der Praxis der Parteiarbeit ergibt.

Stellt die Erfahrungen zusammen, und vorwertet sie, da mit es nicht dabei bleibt wie bisher, daß einzelne sie in ihrem Busen behalten und begraben, sondern damit die Gesamtmitgliedschaft und die gesamte Klasse daraus die richtigen Lehren ziehen.

Jeder Genosse, der eine Funktion hat, muß über seine Arbeit an seine Leitung berichten.

Die Betriebszellen müssen ihre regelmäßigen Monatsberichte über die Tätigkeit auf allen Gebieten ihrer Arbeit an die Ortsgruppenleitung bzw. Zellengruppenleitung liefern.

Die Ortsgruppen müssen dasselbe tun, gegenüber der Bezirksleitung.

In den Leitungen laufen die Berichte, Erfahrungen, Vorschläge, Anregungen zusammen, werden gerichtet: die allgemeine Linie, die Lehre, die zu ziehen ist, schält sich heraus. Dann hat die Gesamtpartei objektives Material aus dem praktischen Leben als Unterlage für ihre Politik, Taktik und Strategie zur Hand. Dann hat sie einen Überblick über alle Zweige der Arbeiterbewegung, dann kann sie erst gestützt auf Tatsachen, die Lehren der Kämpfe ins Allgemeinbewußtsein der ganzen Klasse bringen.